



Vorsitzende Kaufmann bemerkt, daß das ausführliche Protokoll die Neuerungen jedes einzelnen Redners ausführlich wiedergibt und jeden, der meint, daß ihm Unrecht geschieht, rechtfertigt. Ueber

Unsere internationalen Beziehungen

referierte der internationale Metallarbeitersekretär Genosse J. G. Vern. Der Gedanke der internationalen Solidarität ist bei den Metallarbeitern schon sehr alt. Schon vor 30 Jahren wurden die ersten Besprechungen abgehalten und es mußten in der Zeit seither viele Schwierigkeiten überwunden werden. Wir mußten uns zunächst mit einem Informationsbüro begnügen und neben den bestehenden Meinungsverschiedenheiten mußte auch darauf Rücksicht genommen werden, daß in der Gewerkschaftsordnung politische und berufliche Auffassungen das Wesen der Organisation bestimmen. Im Osten, in Rußland, gehören die Metallarbeiter unserer Internationale nicht an. Dort gibt es nicht nur eine eigene politische, sondern auch eine gewerkschaftliche Internationale, die unsere Internationale bekämpft. In Rumänien, Bulgarien, Griechenland hat es an Bemühungen, die internationalen Beziehungen zu fördern, nicht gefehlt, aber die Arbeiterbewegung ist dort noch schwach, da die Industrie rückständig ist. Die Arbeiterchaft in Italien hat äußerst lehrreiche aber auch schmerzhaft Erfahrungen hinter sich, dem Faschismus sind nicht nur Studenten und Bürgerliche, sondern auch Arbeiter verfallen. Dort hat die klassenbewußte Arbeiterchaft gegen links und rechts zu kämpfen. Frankreich wird von Militarismus und Chauvinismus beherrscht, die Arbeiter haben nur geringen Einfluß und entbehren der geschlossenen Front, die englische Arbeiterchaft, mit der wir in immer engeren Beziehungen kommen, ist zersplittert in viele Organisationen. In Amerika ist die Arbeiterchaft ebenfalls in zahllosen Branchenverbänden vereinigt und kollektivistischen Bestrebungen schwer zugänglich. Doch auch hier besteht Hoffnung auf feierlichen Zusammenschluß. Norwegen hat wohl die beste Metallarbeiterorganisation, wie ja überhaupt die skandinavischen Verbände an hervorragender Stelle stehen. In Spanien, wo weite Schichten dem Syndikalismus zuneigen, wüdet der Richtungsstreit seit jeher. Erfreuliche Fortschritte macht die Bewegung in Belgien, wie ja die belgischen Metallarbeiter immer in erster Reihe standen. Die Schweizer Arbeiterchaft, die gegenwärtig von einer schweren Krise heimgeschickt wird, muß sich mit allen Kräften gegen eine völlige Verebelung wehren. Die Sprachenverhältnisse spielen gar keine Rolle. Die österreichischen Metallarbeiter haben erst in den letzten Tagen wieder bewiesen, daß sie über eine festgefügte Organisation verfügen. In Deutschland gehören die Metallarbeiter seit jeher zu den besten Kämpfern. Der Gedanke der Einheitsorganisation ist dort fast restlos verwirklicht. Die gegenwärtige Zeit stellt an die Vertrauensmänner die größten Anforderungen. Der Kapitalismus baut auf einer viel breiteren Grundlage wieder auf, die Konzentration der Betriebe macht neue Fortschritte und erst, wenn der Kapitalismus auf seiner Höhe angelangt sein und die Kleinbetriebe verschlungen haben wird, wird der Endkampf einsetzen. Das Gros der Arbeiterchaft ist erst vor drei bis vier Jahren zu uns geflohen. Wir müssen dafür sorgen, daß die Massen jetzt, wo wir ihnen nicht immer greifbare Vorteile erbringen können, der Organisation erhalten bleiben und daß der Bruderkampf unsere Reihen nicht schwächen kann.

Der Nachmittag war der Besichtigung verschiedener Unternehmungen gewidmet.

Fünfter Verhandlungstag.

Karlsbad, 4. Oktober (Eigenbericht.) Am Mittwoch wurde die Debatte über die Betriebsausschüsse fortgesetzt. Die Z-Teply erörtert die Wichtigkeit der Schulung der Betriebsausschüsse. Göschka-Bodenbach sagt, daß die Bedeutung der Betriebsräte weder überschätzt noch unterschätzt werden dürfe. Die Angestellten und Beamten sind davon überzeugt, daß sie zu uns gehören. Die Herausgabe einer Betriebsratzeitung ist notwendig. Luk-Gablonz will, daß Streitigkeiten, die aus der Auslegung der Kollektivverträge entstehen, ebenfalls von der Schiedskommission gebracht werden. Scheschulka-Dörberg bespricht die Spruchpraxis. Friedrich-Bodenbach betrachtet es als die wichtigste Aufgabe der zu schaffenden Schulen, die Arbeiter mit den gesetzlichen Bestimmungen bekannt zu machen. Im Schlußwort bezeichnet Genosse Weigel jene Genossen, die meinen, die Mehrheit der Beamenschaft auf unserer Seite zu finden, als Illusionisten. Die Einrichtungen des Verbandes werden noch nicht entsprechend ausgenutzt und es gibt Betriebe, in denen wir über die Konstituierung von Betriebsausschüssen noch nicht hinausgekommen sind. Der kommende Winter muß zu intensiver Bildungsarbeit verwendet werden. Bei der Abstimmung werden die vorgelegten Resolutionen einstimmig angenommen.

Arbeitslosenunterstützung

nach dem Center System Abgeordneter Genosse Heeger. Die Arbeitslosen sind bei und den größten Schichten ausgebreitet. Von den gesamten Staatsausgaben entfallen 20 Prozent auf den Militarismus, aber nur 3.17 Prozent für das Ministerium für soziale Fürsorge. In der Zuerkennung herrscht der größte Wirrwarr. Redner erläutert die Arbeitslosenfürsorge in anderen Staaten und bespricht dann das neue Gesetz in der Tschechoslowakei (Staatsbeitrag zur Arbeitslosigkeit), dessen Anwendung die schwersten Bedenken wachrufen mußte und das bei den gegenwärtigen abnormalen

Wirtschaftsverhältnissen undurchführbar sei. Wir müssen erklären, daß wir die Berücksichtigung der Vorschläge des deutschen Gewerkschaftsbundes fordern. Falls das Gesetz doch in Kraft tritt, muß eine Uebergangszeit beschlossen werden. Die Bestimmungen über die Uebergangszeit dürfen nur nach Anhörung der Gewerkschaftsorganisationen berodnet werden. Die vom Referenten vorgelegte Resolution, die eine Reihe von Einzelorderungen für diese Uebergangszeit enthält, wurde einstimmig angenommen.

Dann werden die vorliegenden Anträge entsprechend den Vorschlägen der Antragsprüfungskommission erledigt. Die Wahlen wurden entsprechend den Anträgen der Wahlkommission durchgeführt. Zum Verbandsobmann wurde einstimmig Abgeordneter Genosse Kaufmann wiedergewählt. Beschlossen wurde, das Referat des Genossen Dr. Haas in Broschürenform herauszugeben. Nach den Abschiedsworten des Genossen Domes für die ausländischen Delegierten und des Genossen Horn-Karlsbad für die Karlsbader Arbeiterchaft schloß Genosse Kaufmann mit einem Rückblick auf die Tagung und mit einer Mahnung zur Einigkeit die Beratungen.

Inland.

Auch die Deutschgelben für die Einheitsfront! Gestern hat der Klub der Abgeordneten der deutschen Nationalsozialisten in Prag eine Sitzung abgehalten, in welcher beschlossen wurde, an den wirtschaftlichen Schutz- und Abwehrmaßnahmen, die von allen Arbeitern ergriffen werden, teilzunehmen. Mit allen deutschen und tschechischen sozialistischen Parteien wollen also die deutschen Nationalsozialisten zusammengehen! Man sieht, wie die Parole von der proletarischen Einheitsfront von den Kommunisten diskreditiert wurde, da jetzt auch schon die Deutschgelben daran teilnehmen wollen. Die deutschen sozialdemokratischen Arbeiter werden sich für eine Einheitsfront, an der auch die Deutschgelben teilnehmen, höchstens bedanken.

Die Metamorphose des Kommunismus. Der Gauelektenauschuss der kommunistischen Partei in Budweis hat eine Flugschrift gegen den Ausschluß des Wenzel Sturz und Genossen veröffentlicht, in der es heißt: „Wenzel Sturz wurde ein Opfer fanatisierter Menschen, welche . . . die Freie und Lebe Forderung aufgestellt haben, nämlich, daß bei uns sofort die Revolution durchgeführt werde . . .“ Das heißt: „man“ ist nicht mehr für eine „sofortige“ Durchführung der Revolution? Wie sich doch die Prinzipien innerhalb kürzester Fristen in den Köpfen der Kommunisten ändern! Aber was tut es? Dr. Smeral wird wieder gelegentlich einer im Parlament gehaltenen Rede ein zührend-ehliches Bekenntnis ablegen: „Ich habe geirrt“ — und die kommunistischen Parteigänger werden ihm verzeihen. Daß es auch noch Arbeiter gibt, mit deren Gut und Blut dabei Schindluder angesehen solcher Wandlungen getrieben wird, das kümmert ja die großen Geister nicht. Sie sind bei allem — wenigstens körperlich — heil geblieben.

Achtung, Staatsangestellte! Dr. Lukavsky hat in einer seiner vielen an nationalen Chauvinismus reichen, aber an Inhalt im allgemeinen armen Reden auch über die Staatsangestellten gesprochen. Und zwar hat er erklärt, daß die Nachrichten, als ob vom 1. Jänner oder früher die Notaushilfen restringiert würden, nicht auf Wahrheit beruhen. Es müsse den Staatsangestellten eine Atempause gewährt werden. Es werde erwegen, daß alle Bürger und daher auch die Staatsangestellten die Personaleinkommensteuer zahlen. Gelegentlich der geplanten Abfassung einer Dienstpragmatik sagte Dr. Lukavsky: „Sobald die Notaushilfen herabgesetzt werden und das kann nur im Anschluß an das Verbilligungsstempo erfolgen, wird es nötig sein, die Pensionsbasis zu erweitern, oder den Grundgehalt zu erhöhen.“ Man braucht nicht allzusehr zwischen den Zeilen zu lesen, um zu erkennen, daß hier eine jedenfalls eintretende Restringierung der Notaushilfen zugestanden wird. Das Schlagwort vom „Tempo der Verbilligung“ ist als schlechte Ausrede bei solchen Gelegenheiten bekannt. Als zweite Tatsache ist zu erkennen, daß die Staatsangestellten nunmehr die volle Einkommensteuer werden zahlen müssen. Das ist durchaus kein kleiner Betrag und wenn Dr. Lukavsky dabei an die „Pflicht des Bürgers“ appelliert, so ist diese Phrase zur Genüge vom Kapitalismus speziell in diesem Staate dazu mißbraucht worden, sich selbst zu deden und das Proletariat zu drücken.

Die Reform der Landesschulräte soll nach einer Meldung der „Tribuna“ eine der ersten Aufgaben der neuen Regierung sein. Nach einem Regierungsentwurf sollen die Landesschulräte aufgehoben und an ihrer Stelle Landesschulratsausschüsse errichtet werden. Strittig ist die Frage der nationalen Sektionierung. Während nämlich die nationaldemokratische Partei entschieden gegen die nationale Sektionierung ist, ist die sozialdemokratische Partei ebenso entschieden für die Beibehaltung der nationalen Sektionierung, wie sie auch im ursprünglichen Entwurf geplant ist. Mit Rücksicht darauf, daß nunmehr die Funktionsperiode vieler Landesschulratsmitglieder abgelaufen ist, während andere mit Tod abgegangen sind, andere, wie in Schlesien, die Staatsbürgerschaft verloren haben, wird nunmehr die Entscheidung zu treffen sein, ob in den neuen Gremialkomitern (späteren Ganschulräten) die bisherige Organisation — Nennun und nationale Sektionen — beibehalten werden oder nur Plenarsitzungen abgehalten werden sollen, aber aber ob bürokratische Aemter an die Stelle der Landesschulräte treten sollen, wie es z. B. die politischen Landesverwaltungen sind,

denen Beratungskollegien entweder in Pleno oder in nationalen Sektionen anzugliedern wären. Schließlich könnten auch neue Landesschulgremien nach den jetzigen Gesetzen konstituiert werden. Das Ministerium für Schulwesen und Volkshochschulwesen dringt mit Rücksicht auf den unfallsbaren derzeitigen Zustand auf eine Entscheidung des Ministerrates.

Und bei uns?

Die geeinigte sozialdemokratische Partei Deutschlands hat ein Manifest erlassen, in dem der Satz vorkommt: „Die Einigung in Deutschland ist uns Unterpfand und sichere Verheißung der Einigung in der wiedererstehenden sozialistischen Internationale.“ Sicher ist, daß die Einigung in Deutschland darum so rasch erfolgt ist, weil die Vollzieher des Einigungswillens die Triebkräfte zum guten Werke aus den politischen und sozialen Notwendigkeiten ihres Landes und des jetzigen Augenblickes schöpfen, aber nicht minder sicher ist es — die Internationale bestätigt es auf manchem Blatte ihrer Geschichte — daß die großen Ereignisse in der Sozialgeschichte eines Landes in ihrer Wirksamkeit über dies Land hinausgehen pflegen. Auch bei uns entbehrt der politische Gedanke, dem Einigungswerte des Proletariats der ganzen Welt Kräfte zuzuführen durch Einigungsarbeit im Staate, keineswegs der Aktualität. In Deutschland war es die Reaktion der Monarchisten und Nationalisten, ist es die Reparationspolitik der Entente, die mit Posaunenrufen zur Einigung aufriefen. Bei uns in der Tschechoslowakei droht der Republik von innen keine Gefahr. Die reaktionäre Gesinnung unserer Bourgeoisie trägt kein monarchistisches Kleid, aber nur der „demokratische“ Kremlismus derer, die den Schein für die Sache halten oder ausgeben, wird sich über den Haß, gegen den Sozialismus, über das Mißvergnügen an der Demokratie bei jenen täuschen, für deren wahres Wesen die Parteibezeichnung „Nationaldemokratie“ ganz zutreffend ist. Die Sozialisten rechtlos zu machen, ist auch den bürgerlichen Parteien unserer Republik Herzenswunsch, dessen Erfüllung sie vorläufig mit dem Mittel der moralisch-politischen Entwertung der sozialistischen Koalitionsgenossen betreiben, bis es ihnen passend erscheinen wird, den Erfolg ihrer Arbeit für sich zu liquidieren. Es ist die Tragik der tschechischen Sozialdemokraten, diese gegen sie wirksame Arbeit des eigenen Bürgertums nicht zu sehen oder vielmehr nicht sehen zu wollen. Aber nicht nur innenpolitische Lasten legen es dem tschechischen Proletariat nahe, sich aus der Unflammerung durch die sozialreaktionären Todfeinde zu befreien und der dem tschechischen Proletariat natürlichen Verbindung mit dem Proletariat der anderen Nationen den Weg zu bahnen. Auch die außenpolitischen Beziehungen unseres Staates mühen zum Nachdenken Veranlassung geben. Auch wir sind wie Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht Opfer der Ententepolitik. In die gegenwärtige schwere Wirtschaftskrise wurden wir zum nicht geringen Teile — den anderen verschulden die Genies unserer inneren Wirtschaft, Steuer- und Finanzpolitik — durch die politischen Verpflichtungen gegenüber unseren anspruchsvollen Ententegenossen hineingetrieben. Ihnen zuliebe leben wir militärisch und diplomatisch weit über unsere Verhältnisse, opfern wir die lebenswichtige wirtschaftsfreundliche Beziehung zu den Nachbarn. Was für Deutschland die Wiedergutmachungskosten bedeuten, die täglich drohende Wirtschaftskatastrophe, das sind für uns die Freundschafskosten, die Kosten unserer Befreiung. Daß uns die Befehle der ökonomischen Notwendigkeit auf eine ganz andere Richtung des wirtschaftlichen Handelns hinweisen, das brauchen vielleicht die Bürgerlichen Nationalen nicht zu wissen, aber die Sozialisten, die sollten es wissen, und aus solcher Erkenntnis die politische richtige Schlussfolgerung ziehen. Der Weg zur Annäherung der Proletariate geht nicht über die „Anerkennung“ des tschechischen Staates, womit die Tschechischbürgerlichen den Notau vor ihrer nationalistischen Politik verlangen, sondern sie geht über die Gewinnung der proletarischen Handlungsfreiheit durch die tschechischen Sozialdemokraten.

Die tschechischen Genossen stellen sich die Herstellung der internationalen Einheitsfront so vor, daß sich die deutschen Sozialdemokraten zu den Regierungsparteien gesellen, daß sie also die Dummheit machen, die den tschechischen Sozialdemokraten der Abfall ihrer Anhänger täglich von neuem bestätigt. Wenn sie angesichts des Abfalls ihrer Anhänger zur kommunistischen Partei darauf hinweisen, daß die Politik von Moskau nicht dasjenige sei, was die Proletarier der Tschechoslowakei als wünschens- und nachahmenswert anzusehen haben, so haben sie zwar Recht, aber nur theoretisch. In der Praxis machen unsere Kommunisten ja nicht räterussische Politik. Denn auch sie wissen, daß sie sie nicht machen können. Nicht den Verführungskünsten Moskaus erliegen diejenigen, die von den Sozialdemokraten zu den tschechischen Kommunisten übergehen. Die eigentliche Werbestraft für den seltenen parteipolitischen Entwicklungsprozess der tschechischen Arbeiterchaft, bei welchem Mitteleuropas nächster Opportunist Dr. Smeral die führende Rolle spielen kann, liefern die tschechischen Sozialdemokraten selbst. Sie verweisen ferner gerne darauf und meinen weiß Gott was für scharfsinniges Argument zu erörtern, daß ja auch in Deutschland die Sozialdemokraten in der Regierung sind. Das ist wahr und es ist auch wahrscheinlich, daß die um die Unabhängigen verstärkte Vereinigte sozialdemokratische Partei in der Regierung bleiben wird. Doch wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe. Es sind die proletarischen und sozialen Aufgaben, die in einer wesent-

lich verschiedenen Situation den Vertrauensmännern des deutschen Proletariats die niemals angenehme Rolle einer Regierungspartei aufzwingen. Sie schwächen mit dieser Teilnahme den Einfluß der bürgerlichen Reaktion. Die Teilnahme der tschechischen Sozialdemokraten an der Regierung aber bewirkt das Gegenteil. Unter dem Schutze der tschechischen Sozialdemokratie, in ihrem Schatten breitet die industrielle und agrarische Bourgeoisie ihre Macht aus, vergrößert sie auf Kosten der Sozialdemokratie ihre künftige Stärke.

Die Erkenntnis dessen fehlt in den Kreisen der tschechischen Sozialdemokraten nicht. Ist sie doch selbst bei den Nationalsozialisten vorhanden. Doch die Gewinnung der proletarischen Handlungsfreiheit ist auch eine Frage des Charakters. Vor allem ist sie eine Frage der weiteren Entwicklung der Verhältnisse im Staate selbst. In den Tagen der Wirtschaftskrise wird viel von der proletarischen Einheitsfront gesprochen. Ehrlich gewollt wird diese von den deutschen Sozialdemokraten. Sie hat ihren guten Willen dazu vor zwei Jahren auf dem Karlsbader Parteitag bewiesen und hat in der Forderung nach dem Proletarierkongreß den Weg gewiesen, der auch heute noch gangbar ist. Die so gut gelungene, mit so großer Begeisterung aufgenommene Einigung von Deutschlands Proletariat ist geeignet, die Hoffnungen aufleben zu lassen, die Anstrengungen zu erneuern, um das zustande zu bringen, was das gesamtproletarische Interesse erfordert und wonach sich das Proletariat aller Richtungen des Sozialismus sehnt. Dieses natürliche Empfinden für das Notwendige wird von den kommunistischen Politikern, diesen Erzpharisäern, mißbraucht. Während ihr Mund von Versicherungen zur Einigkeit des Proletariats überfließt, zerstören ihre Hände, was noch an Einigkeit vorhanden ist. In Deutschland mußte aus diesem Grunde die Einigung ohne sie vollzogen werden. Auch auf dem angekündigten Weltkongreß des Proletariats wird es noch nicht zur Einbeziehung der Kommunisten in die neuzuschaffende Internationale kommen. Aber mit Recht wollte trotz allem weder die Frankfurter Konferenz der Arbeitsgemeinschaft noch der Parteitag von Nürnberg für die Kommunisten die Türen verschlossen wissen. Der große Gedanke der Wiedervereinigung des gesamten Proletariats wird die Hoffnungen von Nürnberg nicht dauernd Lügen strafen. Das muß sich auch das Proletariat der Tschechoslowakei sagen.

Ausland.

Scheitern der russisch-japanischen Verhandlungen.

Der bevollmächtigte Vertreter der russischen Sowjetrepublik im fernen Osten, Joffe, hat den Rat der Volkskommissare telegraphisch vom Scheitern der russisch-japanischen Verhandlungen in Tschangtschu über die Räumung Sibiriens durch die Japaner benachrichtigt. Die Gründe für das Scheitern der Verhandlungen sind zunächst die neuen Bedingungen, die die japanische Delegation gestellt, die Sachalin und die für Rußland unannehmbaren Forderungen für die Zurückziehung der japanischen Truppen betreffen, dann aber der Druck des französischen Vertreters in Tokio auf die japanische Regierung in der Frage der Anerkennung der Sowjetregierung durch die Letztere. Die russische Delegation hat die Weisung erhalten, nach Peking zurückzukehren.

Krisen und Wandlungen des Faschismus.

Die „Neue Züricher Zeitung“ bringt die folgenden interessanten Mitteilungen, die zeigen, wie die dem Proletariat innemphenden Tendenzen sich allen reaktionären Absichten trotzig durchsetzen:

Von der faschistischen Presse wird der Beginn der Krise in der Partei beharrlich bestritten. Aber abgesehen von den Säuberungen, die in letzter Zeit gleichzeitig in mehreren Ortsgruppen vorgenommen werden mußten, tritt der zwischen der Partei und den faschistischen Syndikalisten bestehende Gegensatz immer deutlicher hervor. Die Parteileitung ist national orientiert; sie gravitiert nach der Auffassung der Industriellen. Die Syndikatsinstanzen sind sozial gesinnt; bei Lohnbewegungen der faschistisch organisierten Arbeiterchaft ergreifen sie genau wie ihre sozialistischen Gegner gegen die Arbeitgeber Partei. Man sah längst voraus, daß es so kommen würde, aber jetzt liegen bereits Beispiele vor, an denen man den Gegensatz demonstrieren kann. In der Zuderindustrie von Ferrara stand letzthin eine allgemeine Lohnreduktion um 20 Prozent bevor. Das faschistische Syndikat protestierte, drohte mit dem Streik und rechnete den Industriellen vor, daß sie infolge zurückgegangener Rohstoff- und Kohlenpreise eigentlich die Löhne erhöhen müßten, statt sie herabzusetzen. Genau die sozialistische Taktik! Im kritischen Moment gaben die Parteinstanzen den Befehl, die Bewegung zu stoppen. Die Führer des Syndikats erklärten, sie hätten nur nach den Grundsätzen des nationalen Syndikalismus gehandelt; die Parteio rgane verstehen darunter aber etwas anderes. Nun ist von „Differenzen der Methode“ die Rede. Die Differenzen gehen aber viel tiefer, und die noch sehr der Erfahrung bedürftige junge Partei wird bald erkennen, daß man entweder Fisch oder Vogel heißen muß, und daß man nicht zwei entgegengesetzte Pole von Parteiwegen miteinander verbinden kann.

Erste Lage in Ostthrazien.

London, 4. Oktober. „Times“ melden aus Konstantinopel, daß die Situation in Ostthrazien ernst sei. In einigen Gebieten wurde die türkische Bevölkerung ermordet.

# Telegramme.

## Der italienische Sozialisten-Kongress.

Rom, 3. Oktober. (Wolff.) Auf dem Sozialistenkongress schlugen die Führer der Maximalisten Lazzari und der Maximalist Bufaloni die Ausschließung der rechtsstehenden Sozialisten vor. Der Abgeordnete Cicconi, Vertreter der unitaristischen Mitte, erklärte, die Unzulässigkeit der Maximalisten zwingt auch die zuzugewanderte Mitte, die stets am Wert der Einigkeit arbeitete, gemeinsam mit dem rechten Flügel die Partei zu verlassen. Der unitaristische Abgeordnete Barabano wies auf die Schäden hin, die aus einer Spaltung der Partei entstünden, und erklärte, die Aufgabe der sozialistischen Partei müsse es sein, dem Proletariat dabei zu helfen, günstigeren Lebensbedingungen zu erzielen. Der Führer des rechten Flügels, Treves, sagte, was die Anhänger einer Mitarbeit mit den anderen Parteien wollten, sei keine ewige Mitarbeit, die unstaube wäre, dem Proletariat sein Klassenbewusstsein zu rauben; es handle sich nur um eine Mitarbeit als Mittel zur Vorbereitung des Klassenkampfes. Er zeigte dann, daß die Theorie der kommunistischen Partei, zu der sich die Maximalisten bekennen, den sozialistischen Traditionen vollständig zuwiderlaufe.

## Spaltung der Partei.

Rom, 4. Oktober. (Sabas.) Auf dem Sozialistenkongress wurde gleichzeitig über den Antrag der Maximalisten, die in der Parteiführung das Übergewicht haben, daß die sogenannten Kollaborationisten ausgeschlossen werden sollen, und über den Antrag des Zentrums, in welchem die Erhaltung der Einheit anempföhlen wird, abgestimmt. Der Antrag der Maximalisten erhielt 32.100 Stimmen, der zweite 29.110 Stimmen. Serrati konstatierte mit Bedauern die Spaltung und drückte den Wunsch aus, daß sich die Kollaborationisten eines Tages wieder mit den Maximalisten vereinigen mögen. Damit war der Kongress der Sozialisten beendet. Die Maximalisten treten morgen wieder zusammen.

Dieses Ergebnis war vorauszusehen und ist noch insofern günstig, als nicht eine Spaltung in drei Teile eintrat und wenigstens die Kollaborationisten und das Zentrum beisammengeblieben sind. Der Streit zwischen den Gruppen dreht sich um Fragen der Taktik. Die Linke unter Serrati hofft auf die baldige Revolution und lehnt darum jede Zusammenarbeit mit bürgerlichen Elementen ab, die Rechte unter Turati und Treves, welche die Majorität der Gewerkschaften und der Parlamentarier hinter sich hat, weiß gegebenenfalls die Bürgerlichen als Bundesgenossen im Kampf gegen Faschismus und Reaktion zu schätzen. Mussolini mit seinen Faschisten hat jetzt jedenfalls gewonnenes Feld. Denn wie bisher der Parteiführer, so vertritt nun die Spaltung die Arbeiterchaft Italiens zu völliger Ohnmacht.

## Neuerlicher Fall der Mark.

Berlin, 4. Oktober. Die Haufe auf dem Devisenmarkt nimmt immer stürmischere Formen an. Die Mark erreicht einen Tiefstand, der an die schlimmsten Zeiten im Juli und August erinnert. Selbst zu den Höchststufen hielt die Nachfrage an. Aufseiner erwartet man in Anbetracht und Finanzkrisen eine Fortsetzung der Devisenhaufe. Der Dollar stieg von 1885 auf 2127, englisches Pfund von 8269 auf 9263, Schweizer Franken von 352 auf 397, Tschechenkrone von 5942 auf 6941.

## Die Ledebourpartei.

Berlin, 4. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Heute ist zum erstenmale das Wochenblatt der Ledebour-Gruppe, die sich „Unabhängige sozialistische Partei Deutschlands“ nennt, „Der Klassenkampf“ erschienen. In einem Aufrufe und einem programmatischen Leitartikel wird die Einigung der Sozialdemokraten mit den Kommunisten als Aufgabe der neuen Partei bezeichnet. Die Einigung soll im Zeichen des Klassenkampfes erfolgen. Die bereits erfolgte Einigung der beiden sozialistischen Parteien wird als Romödie bezeichnet. Inzwischen hat aber schon ein Mitglied des Parteirat der Ledebour-Partei seinen Eintritt in die Vereinigte sozialdemokratische Partei vollzogen. Es ist dies der Genosse Rau aus Gleiwitz, der erklärt, daß es ein Unrecht von ihm sein würde, wenn er jetzt beiseitesteht und damit Verwirrung in die Reihen der Genossen tragen würde.

## Griechische Republik in Saloniki.

Berlin, 4. Oktober. Aus Saloniki wird berichtet, daß das Aktionskomitee der vereinigten Matrosen- und Soldatenräte die griechische Republik ausgerufen habe.

## Einvernehmen zwischen Türken und Alliierten.

Konstantinopel, 4. Oktober. (Sabas.) Zu den amtlichen Bekanntmachungen des französischen und englischen Hauptquartiers wird festgestellt, daß es bei den Präliminar-Konferenzen zu einem Einvernehmen hinsichtlich der Ausarbeitung eines Protokolls mit Enid Pascha gekommen ist, der den kriegsähnlichen Truppen neuerlich den Befehl gab, jeder Begegnung mit britischen Abteilungen auszuweichen. Die Nationalisten haben die gemeinsame Note der Alliierten im Prinzipie angenommen.

# Der Prozeß gegen die Rathenau-Mörder.

Der erste Tag des Prozesses gegen die Mörder Rathenaus hat im wesentlichen nur Formalien gebracht. Ueber die Feststellung der Personalien der Angeklagten ist man nicht hinausgekommen.

Es war ein eigenartiges Bild, als in dem großen Sitzungssaal des Reichsgerichts, in dem seit Menschengedenken nur die Reichsrichter in roter Robe Recht sprachen, und in dem noch als Zeugen der Vergangenheit die großen Bildnisse der Kaiser Wilhelm I. und Friedrich II. hängen, der Staatsgerichtshof Platz nahm, in dem die bürgerlichen Mitglieder der Laienrichter gegen die rote Robe in der Mehrzahl sind. Alle diese Laienrichter sind bekannte politische Persönlichkeiten und mehrere gehören sogar der Sozialdemokratie an und vertreten sie im Reichstag, wie Jädel, der frühere sächsische Arbeitsminister, und Hilbenbrand und Brandes, während Jehrenboag, der ehemalige Reichsfinanzler, zum Zentrum gehört, und Hartmann Vorsitzender der Reichs-Dankerschen Gewerkschaften ist. Den Vorsitz führt der Senatspräsident am Reichsgericht, Dr. Hagen.

Die Angeklagten sind auf beiden Seiten des Richtertisches verteilt. Durchweg junge, bartlose Menschen, die die Zwanzig zum Teil noch nicht einmal erreicht oder noch nicht lange überschritten haben. Nur jene, die das Wortlaut zur Verfügung stellen und ihm Unterschlupf gewähren, die Garagenbesitzer Schmitt und Diebel, stehen in vorgerückterem Alter. Junge Burtschen haben sich vermessen, durch blutige Gewalttat die Gesichte des deutschen Volkes zu verstimmen. Mörder von ihnen hat ja im Kriege schon die Leinwandseppanletten getragen und fühlt sich damit zum Führer des Volkes berufen und befehligt. Jugendliche haben den Mordrevolver auf Augenaufschlag abgeköpft. Die Geisteskranken, die ihnen durch ihre Bege den Revolver in die Hand gedrückt haben, die ihnen den Mord der Mütter jüngerer, die haben sich sorgfältig im Hintergrund verborgen, ihnen heute warm in Parteibüros und Redaktionen und entrüsten sich über das Vergehen zum Schutze der Republik und über das Ausnahmegericht. Jünf der Verteidiger, geführt von dem Juristen Dr. Dahn, der in Gemeinschaft mit zwei anderen Rechtsanwaltschaften die beiden Brüder Tschow vertritt, haben dies Wort gleich zu Anfang dem Staatsanwalt entgegengebrüllt, sind aber am ersten Verhandlungstag mit ihrem gegen den Staatsgerichtshof gerichteten Abmahnungsantrag durchgefallen.

Zu der dienstlichen Fortsetzung der Verhandlung im Rathenau-Prozess wurde Ernst Werner Tschow einvernommen, der das Automobil geführt hatte, aus dem Rathenau durch Schüsse ermordet worden war. Der Angeklagte verweigert die Antwort auf einige Anfragen bezüglich der Organisation C und gibt dann an, durch seinen jüngeren Bruder von einem Plane Tschow, Rathenau zu ermorden, erfahren zu haben; nähere Mitteilungen sollte ihm Guntzer mitteilen. Von der Tat wurden augenpolitische Folgen erwartet. Guntzer wollte des Angeklagten bestimmen, ob die Mitwirkung der Organisation C möglich sei, der Angeklagte habe das aber abgelehnt. Bezüglich der Tat sagte der Angeklagte, Kern gatte ihn zur nationalen Untertunehmungen, und zwar zur Gefangenenerziehung im besetzten Gebiet gewinnen wollen. Seine Aufgabe war dann, mit Hilfe Brandes ein Automobil zu besorgen. Der Angeklagte gibt an, keine Ahnung gehabt zu haben, daß eine Reihe von Fahrten, die er nun mit dem Automobil nach Dresden und Dresden unternahm, mit dem Entschluß, einen Plan zu tun hatte. Am Tage der Fahrt in Berlin werde er, es sei für heute zu spät. Tags darauf, am 22. Juli nachmittags, wurde Guntzer abgeholt. Daß bei verschiedenen Gelegenheiten Schießübungen vorgenommen wurden, habe der Angeklagte nicht gewußt. Abends fand in Langerbrunn eine Zusammenkunft statt, an der Stern, Hoyer, Lüssen und Plaas teilnahmen. Im Anschluß daran war der Angeklagte auftragsgemäß nach dem Restaurant „Hundesteut“ im Grunewald. Man hielt, in dem geräumigen Art spielt sich Tschow als die reine Unschuld an, die von nichts gewußt hat, alle Schuld liegt bei den „anderen“. Und sojones feige, nach Andreon folgende Geinbild blüht in: auf und verlangt, als „Militär der Nation“ geachtet und mit allen Rechten ausgestattet zu werden!

## Die Einvernahme der Angeklagten.

Leipzig, 4. Oktober. Es sind traurige Helten, die Angeklagten dieses Prozesses. Von einem entschlossenen Eintreten für die Tat ist keine Rede. Ernst Tschow, der Lenker des Mordautos, beginnt mit Leugnen. Er will bei der Befragung des Autos gar nichts gewußt haben, daß es sich um die geplante Ermordung Rathenaus gehandelt, sondern er erzählt eine romantische Geschichte von einem Plane zur Befreiung deutscher Gefangener im besetzten Gebiet, an die er geglaubt haben will. Bei all den vielen Zusammenkünften mit Kern, Tschow, Lüssen, Salomon, Blaas, Voh und Guntzer, bei den Fahrten nach Schwertin zu Hilfenauer, wo die Mordpistole besorgt wurde, will er nichts von dem Mordplan gehört, noch die Pistole bemerkt haben. Er stellt sich als ein untergeordnetes Werkzeug hin, das lediglich als Autofahrer die Befehle Kerns ausgeführt hat, den er als Vorgesetzten betrachtet, weil er Oberleitnant und auch bei der Brigade Erhard gewesen war. Schließlich habe er in Berlin die Maschinenpistole bemerkt. Dabei gibt er zu, daß Kern ihn einmal beim Essen den Plan entwickelte, daß man hervorragende linksorientierte Führer beseitigen müsse, um einen Aufstand der Linken herbeizuführen, mit der roten Armee abzuziehen und die Einziehung einer nationalen Regierung zu erzwingen. Er will aber auch da noch nicht gewußt haben, daß Kern die Ermordung Rathenaus betrieb. Auch noch, als er eine Stelle ausuchte,

wo man ein von den Vororten kommendes Auto mittels des eigenen Autos überfallen könne, will er noch nichts gewußt haben, sondern erst kurz vor der Tat von Kern eingeweiht worden sein. Die Gründe, die ihm von Kern angegeben wurden, bezogen, wie schauerlich es mit der politischen Bildung dieser nationalen Helten bestellt ist. Rathenau soll zum Beispiel eine seiner Schwestern an Radel verheiratet haben, er sei ein Vertreter des schleichenden Bolschewismus und gehöre zu den Weisen von Zion, die die ganze Welt der jüdischen Herrschaft unterwerfen wollen. Tschow will diese Gründe nicht gebilligt und die Beschuldigungen bis auf die Erfüllungspolitik nicht gebilligt haben. Später aber gibt er im Widerspruch damit an, daß er die antisemitische Ränbergeschichte und die von den Weisen von Zion für wahr hielt, denn Rathenau habe ja selbst erklärt, daß er einer von ihnen sei. Trotzdem aber will er gegen das Attentat gewesen sei. Er habe sich jedoch verpflichtet gefühlt, mitzumachen, weil er sein Ehrenwort gegeben hatte und weil er dem subjektiven Einfluß Kerns unterlegen sei. Auch

## am Mordtage

will er, als die Fahrt angetreten wurde, nicht gewußt haben, daß das Attentat nun durchgeführt werden sollte. Er habe zwar die Maschinenpistole in den Wagen gelegt, aber nur, weil das Logis gewechselt werden sollte. Als ihm Kern am Tatorte den Befehl gab, ein voranfahrendes Auto zu überholen, und das „verabredete Manöver“ zu machen, will er nur an eine Probe gedacht haben, ja er wußte angeblich nicht einmal, daß es der Wagen Rathenaus war. In einem Brief an seine Mutter aus dem Gefängnis schreibt er, nachdem er die Tat als patriotische Aufopferung geschildert, bei seinem Eintritte in die Organisation sein Ehrenwort gegeben zu haben, über dieselbe zu schweigen und zu gehorchen. Er ist auch offenbar darauf bedacht, die Organisation C in jeder Beziehung als unbeeidigt hinzustellen. Seinen jüngeren Bruder, den mitangeklagten Guntzer, hat seine Jugend nicht gehindert, einem halben Dutzend nationaler Organisationen anzugehören. Beim Kopp-Busch hat er Kurierdienste getan und an ihn wandte sich Guntzer wegen Geld zu dem Mordplan des Guntzer'schen Stabenrath. Er gibt zwar zu, mangelhaft zu haben, was sich auf einen Mordplan auf Rathenau bezog, er will aber nicht völlig einseitig gewesen sein, in dessen hat er Reichsleiter und Tische geliefert zur Herstellung einer falschen Nummer für das Mordauto. Nach der Tat hat er mit den beiden Mördern ruhig auf dem Banneise gerudert. Er ist auch bei dem Garagenbesitzer gewesen, um die Vernehmung der Automobilisten der Mörder zu veranlassen. Der Hausarzt der Familie Tschow will den Angeklagten wegen ungleicher Körperlichen Bauart für vermindert zurechnungsfähig erklärt wissen.

# Verbreitet die Arbeiterpresse.

## Tages-Neuigkeiten.

Der „Streik“ der Hausherren in Wien zusammengebrochen. Am Dienstag um sechs Uhr abends sollte in Wien ein eigenartiger Streik beginnen — der Streik der Hausherren. Die Herrschaften, die sonst immer auf Streiks so schimpfen, wollten nun selbst ihre „Arbeit“ niederlegen. Sie wollten keine Steuern mehr abführen, die Wasserleitung absperrten, die Beleuchtung der Treppen einstellen und die Haustore um sechs Uhr abends sperren lassen. Damit wollten sie erreichen, daß jeder Mieter als Zinsfortan 12 Prozent des Zinses von 1914 in Gold zahlen soll. Der Arbeiter, der für Zimmer und Küche im Frieden 32 Kronen gezahlt hat, sollte nun 60.000 Kronen monatlich zahlen, wer 100 Kronen gezahlt hat, sollte nun 186.000 Kronen zahlen. Bis 1925 soll nach Ansicht der Hausherren der Zins das 15.000fache des Vorkriegszinses betragen. Gegen dieses Ultimatum haben aber die Mieter, geführt von der sozialdemokratischen Partei, Abwehrmaßnahmen ergriffen und haben angekündigt, daß sie die Behörden, den Wiener Magistrat und die Polizei gegen die Hausherren zu Hilfe rufen werden. Die Folge davon war, daß der sogenannte Streik jämmerlich zusammengebrochen ist, nur in wenigen Fällen waren die Haustore gesperrt und die Treppenbeleuchtung eingestellt. Der große Feldzug der Hausherren hat also mit einer ebenso großen Niederlage geendet.

Agrarische Unerschämtheit. Unter der Ueberschrift: „Schafft endlich Ordnung“ protestiert der „Venk“ energisch dagegen, daß die Prager elektrische Straßenbahn am 28. Oktober oder am 1. Mai ihre Fahrt einstelle. Es sei dringend nötig, daß sie sich ihre Extratouren abgewöhne und sich dessen bewußt werde, daß sie dazu hier sei, um zu fahren. Die Nichterfüllung ihrer Pflicht bedeute eine Schädigung der sehr zahlreichen Besitzer der teuer gekauften Permanenz- und Streckentickets. Daß die Agrarier infolge ihrer reichlichen und guten Nahrung dick und bequem werden, ist eine bekannte Tatsache. Es mag ihnen daher schwer fallen, sich durch das Gedränge der Prager Straßen zu schieben, welches besonders am 1. Mai hier herrscht. Und es ist für sie gar nicht angenehm, immer wieder an diesem Tage mit dem von ihnen verachteten Proletariat auf der Gasse zusammenstoßen zu müssen. Das alles ist ja sehr begründlich. Aber wer schafft ihnen denn, gerade am 1. Mai ihre Umzüge in Prag zu veranstalten? Bis zum Umsturz haben sie es nicht getan. Nun werden sie eben in ihrer Nachlässigkeit von Arbeitergewohnheiten so hart bestraft. Denn die Arbeiter — fahren eben nicht und werden es weiter so halten. Und was den 28. Oktober betrifft, so scheint es, als ob die Agrarier lieber den Umsturz vermieden hätten. Denn wenn es ihnen da-

mals zu Bewußtsein gekommen wäre, man werde die Gründung einer eigenen Staatsform so feiern, daß man dabei nicht in der Elektrischen werde fahren können, — vielleicht hätten sie es dann doch lieber beim alten bewenden lassen. Denn damals ist man gefahren: langsam, aber sicher. Oder wird ihr allmächtiger Führer Döehla ihnen auch darin die gute alte Zeit wiedererschaffen?

„Wenn du in der Eisenbahn schwarz fahren willst, sieh dich vor, daß du dich nicht blamierst!“ kann man Dr. Raschins Gattin und Tochter ins Stammbuch schreiben, denn den beiden passierte im Schnellzuge ein kleines Malheur. Darüber schreibt der „Eisenbahner“: „Am 14. v. M. nahmen im Schnellzuge Nr. 1 der B. C. D. (Prag—Karlsbad) in einem reservierten Halb-abteil erster Klasse zwei Damen der „besten“ Gesellschaft Platz. Daß diese beiden Passagiere nicht zu den „gewöhnlichen“ Benützerin der 1. Klasse zu zählen seien, hatte der Kondukteur bald heraus, weshalb er, na, sagen wir, ganz besonders instruktionsmäßig diese beiden vornehmen Reisenden um die Fahrkarten bat. Wie groß war das Erschrecken des Kondukteurs, als die ältere der beiden Damen eine Freikarte vorwies, aus der der Kondukteur sofort entnahm, daß er es mit Angehörigen der höchsten tschechischen Aristokratie zu tun habe. Die beiden Damen, die nach Karlsbad fuhren, waren Frau und Tochter des uns Eisenbahnern gut bekannten Dr. Raschin, desselben Raschin, der in Veranmlungen und in seiner Presse ganz besonders gegen die Fahrgünstigungen der Eisenbahner loszog und noch loszieht. Das Erschrecken, welches den Kondukteur bei dieser Feststellung erfaßte wurde noch durch eine andere Feststellung gesteigert. Die Freikarte war weder mit dem vorgeschriebenen Steuerstempel versehen, noch von der Personenklasse abgestempelt worden. Die hohen Herrschaften waren der Meinung, daß dies nicht nötig sei, der Kondukteur, dieser „Ausreißer der Republik“, war aber anderer Meinung. Er setzte seine vorchriftsmäßige Amtsmiene auf, nahm Raschins Halbschloß und Kleistift zur Hand und präsentierte eine Minute darauf der gnädigen Frau einen Fahrchein, wofür sie, die Gattin des großen gewesen und zukünftigen Staatsmannes mit der starken Hand, dieses furchtlosen Streikers für Recht und Ordnung in der Republik, rund 370 Kronen bezapen mußte. Man mühte nun annehmen, daß die Gattin dieses mehrfachen Millionärs, der im Hundsdreck der tschechoslowakischen Bahnen rentabel machen will — auf welche Art, ist ja den Eisenbahnern bekannt — über ihr Malheur mit der Freikarte verärgert, diese weggeworfen habe. Weit gefehlt! Die Gnädige, die doch in diesen schweren Zeiten bei dem „fargen“ Einkommen ihres Mannes mit jedem Heller rechnen muß, fuhr mit ihrer Tochter am 16. v. M. mit dem Schnellzug Nr. 8 unter Benützung derselben Freikarte, die für die Rückfahrt ordnungsmäßig gestempelt und abgestempelt war, nach Prag zurück. Wir überlassen es der Eisenbahnerschaft, sich die entsprechenden Gedanken über diese Begebenheit zu machen.“ — Wir können uns nur der Ansicht des „Eisenbahners“ vollinhaltlich anschließen.

Der kommunistische „Kampf“ in Oberfurt eingegangen! Nachdem der „Kampf“ in der letzten Zeit noch ein kümmerliches Dasein als ein von niemand gelesenes Stöpfblatt des Reichentberger „Vorwärts“ gefristet hat, ist er nun lang- und kluglos von der Bildfläche verschwunden. Niemand bebauert seinen Deingang. Denn beachtet und gelesen wurde er von der deutschen Arbeiterschaft schon lange nicht mehr und als Ablagerstätte der revolutionären Ideen der Moskauer Jünger ist er wohl zu kostspielig geworden. Einer der Macher des Blattes, der Sekretär Heintzsch, ist nach Auffig gewandert, um jedenfalls dort auch der „Internationale“ das Sterben leicht zu machen. Die „Klassen“ der kommunistischen Partei vertragen eben nicht allzu viele Blätter, da die kommunistischen Führer zwar auf eine Anzahl von Anhängern, die kommunistischen Blätter auf desto weniger Abnehmer bilden können. Wer sollte auch noch heute die Verlogenheiten und öden Schimpfereien in der kommunistischen Presse lesen?

Ungarn gegen lästige Ausländer. Die Polizeibehörden in Budapest haben die Konstriktion der in Ungarn wohnenden fremden Staatsbürger angeordnet. Diese werden zur Polizei vorgeladen, damit sie dort über ihre Berufstätigkeit Auskunft geben. Falls sich herausstellt, daß sie lästige Ausländer sind, werden sie landesverwiesen.

Der Honorar Skandal mit den Goethe-Neliquien. Nach einer Meldung des „Matin“ aus Lyon hat die Zivilkammer auf Antrag des Stadtrates eine Entscheidung gefällt, nach welcher die Erinnerungen Goethes und die berühmte Fausta Ausgabe am 28. Oktober nicht versteigert werden dürfen.

Die Direktion des Allgemeinen Krankenhauses in Prag hat resigniert. Wie das „Prager Tagblatt“ meldet, hat der Direktor des Allgemeinen Krankenhauses in Prag, Ministerialrat Dr. Friedl, einen Urlaub angetreten, von dem er nicht mehr in sein Amt zurückkehren wird. Dr. Friedl soll der Umstand zum Rücktritt bewogen haben, daß in den vollständig verfahrenen Verwaltungsapparat des Krankenhauses keine Ordnung hineinzubringen war, da die Regierung jede Hilfeleistung verweigerte. Wir verweisen bei dieser Gelegenheit auf den von uns seimezeit gebrochten Artikel über die skandalösen Zustände im Prager Krankenhaus; das von uns veröffentlichte Tatsachenmaterial wird nunmehr durch die Resignation des Direktors Friedl vollständig bestätigt. Als Nachfolger Dr. Friedls soll,

nach der „Tribuna“ Dr. Dodař, gewesener Gesundheitsreferent für Karpathenland, bestimmt sein.

**Verlängerung der Arbeitszeit in den Staatsämtern?** Nach einer Meldung der „Esl. Noviny“ haben die Vorstände in den Abteilungen der Zentralämter die Aufforderung erhalten, Berichte abzugeben, welche zwecks einer Erweiterung der Arbeitsstunden von halb 8 Uhr früh bis 3 Uhr nachmittags verwendet werden sollen.

**Die Krise der tschechoslowakischen Wirtschaft** beschäftigt auch das „Pilsner Tagblatt“, das sich u. a. auch mit der Landwirtschaft befaßt und hierbei in einem Artikel nach Darstellung der Gründe des Sinkens der Getreidepreise sagt: „Wenn die Landwirtschaft die gewaltige Vermögensverluste ohne erhebliche Folgen ertrug, so findet dies seinen Erklärungsgrund darin, daß sie eben vier Jahre hinter sich hat. Darum kann man sagen, daß die Krise der Landwirtschaft in der Tschechoslowakei dormalen noch eine reine Gewinnsache ist, deren Nachhilfe durch die erzielten mehrjährigen Höchstpreise kompensiert werden.“

**Der Faschismus in Oberitalien.** Die Faschisten, welche sich zunächst der deutschen Schule in Bolzano bemächtigt hatten, haben auch das Rathaus besetzt. Bei dem Zusammenstoß mit der Polizei wurden 28 Personen verletzt.

**Ein Vatermord.** Der ungefähr zwanzig Jahre alte Sohn des sogenannten Bardenbauern in Pilschischen bei Staab wurde vor zwei Jahren wegen Doppelmordes und Brandstiftung zu zwei Jahren Kerker verurteilt. Vor kurzem aus dem Kerker zurückgeführt, erschlug er mitschuldig am 2. Oktober um neun Uhr abends seinen Vater. Der Mörder, der schuldig ist, konnte bisher nicht eruiert werden. Ein herbeigeholter Polizeihund verfolgte dessen Spur bis Wittowa, wo er sie verlor.

**Deutscher Einheitsvereinsverein.** Die Eröffnung der Anti-Alkoholausstellung im kleinen Urania-Saal in Prag findet Sonntag, den 15. d. M. um 11 Uhr vormittags statt. Der zweitägige Lehrgang für Lehrpersonen beginnt Donnerstag, den 19. Oktober um 8 Uhr früh im Deutschen pathologisch-anatomischen Institut. Sämtlichen bisher Angehenden wurden die in Aussicht gestellten Begünstigungen zugesprochen, die betreffenden Anweisungen werden ihnen in einigen Tagen zugehen. Selbstverständlich können auch Prager Lehrpersonen an dem Kurs teilnehmen.

**Das Schachmeisterturnier in Teplitz.** Dienstag wurde die zweite Runde des Meisterturniers gespielt. Das interessanteste Ergebnis des heutigen Tages bildete die Niederlage des Großmeisters Rubinstein gegen Keti. Die Partie Dr. Torrazo—Johner ist remis. In der Partie Dr. Trepbal—Grünfeld eröffnete ersterer mit der Steinvariante in der spanischen die Weich bekanntlich einen ausichtsreichen Angriff am Königsflügel gewählt. Im Verlauf des Spiels ergaben sich spannende Wendungen, die aber schließlich bei sorgfältiger Verteidigung zum Ausgleich führten. In der Carlsame-Partie Mieses—Tartakower mußte Mieses die Waffen strecken. Die Partie Kostich—Spielmann verlor Kostich in 45 Zügen. Die Partie Morocz—Sämisch, ein Damenbauernspiel, wurde von Sämisch höchst originell und gut verteidigt. Durch Unterlassung eines wichtigen Abtausches kam Sämisch in Nachteil, verlor einen Bauern und hätte die Partie auch verlieren müssen, wenn nicht Morocz die Zeit überschritten hätte. Die Partie Reichmann—Wolff war remis.

**Das Oktober-Programm im Theatre Variete.** Ein langes Programm mit über ein Dutzend Nummern und ohne eine einzige Nöte. Da ist die famose Tanznummer Jenny Wender, die urkomischen Springer Junglos, der Telepath und Kartenkünstler Bolax, Ring Luis mit seinem Sohn, ein glänzendes Equilibristenpaar. In bunter Reihe folgen dann die drei Cartellas, die mit allem Jonglieren, was ihnen unter ihre verlässigen Hände kommt, die beiden Hunde, die sich auf der Bühne umherreiben, nicht ausgenommen; La Bocat mit prächtigen illusionistischen Tänzen; die vier Mougbs mit halbbrecherischen Evolutionen auf einer Sprungfedermatratze und der Gipfelpunkt des Programmes, der Franzose Harry Allister, der mit verblüffender Ähnlichkeit und Schnelligkeit

eine lange Reihe der berühmtesten Diplomaten, Komponisten und fast nur leicht abgegebener und nicht abgegebener Potentaten kopiert. Das Programm, ein Großstadtdrama im wahren Sinne des Wortes, wird mit der zweifelhafteinsten Wasserpantomime „Im Lunapari“ beendigt. Folgt noch der Variete-Biograph und alles geht vergnügt nach Hause.

**Bei der Landesverwaltungs-Kommission** wird am 12., 13. und 14. d. M. nicht amtiert, da die Amtsräume gereinigt werden.

**Selbstmordversuch wegen Arbeitslosigkeit.** Der Beamte Rudolf Horáek und sein Vater Johann aus Prag-Zmichow bemerkten vorgestern nachts auf der Eisenbahnbrücke in Zmichow eine unbekannte Frau, welche ihren Mantel ablegte und ins Wasser springen wollte. Im letzten Augenblicke konnten sie die Frau an ihrer Absicht verhindern. Es war eine Witwe aus Prag-Roschitz. Das Motiv der Tat ist Arbeitslosigkeit.

### Kleine Chronik.

#### Der rumänische Terror in Bessarabien.

Die russischen Emigranten haben es sehr schwer in Rumänien. Kaum haben sie sich von dem bolschewistischen Alpdruck auf dem linken Dnjeprufer befreit, so sollen sie auf dem rechten Ufer in die Armlen der rumänischen „Siguranz“ (politische Polizei). Die rumänischen Gendarmen plündern und misshandeln die armen Flüchtlinge und schicken sie oft wieder über den Dnjepr zurück. Es kamen Fälle vor, wo man Mütter mit Säuglingen völlig ausgeplündert nach Russland juridischierte. In Bessarabien ist es bekannt, daß sogar Fälle vorgekommen sind, wo Flüchtlinge von verbotenen rumänischen Gendarmen einfach getötet worden sind.

Nur die Befestigung kann den Flüchtling retten. Sie ist in Rumänien allmächtig. Der alte vorrevolutionäre, juristische Beamte ist ein Muster an Unbestechlichkeit im Vergleich zu seinem rumänischen Kollegen. Nicht umsonst gibt es in Bessarabien neuerdings ein Sprichwort, daß alle Rumänen, außer dem König, bestechlich sind und dieser ist es nur deshalb nicht, weil er ein Deutscher ist. In der Tat, es gibt nirgends ein Land, wo Bestechlichkeit so ins alltägliche Leben übergegangen ist, wie in Rumänien. Hier ist die Befestigung völlig legalisiert und die Befestigungsgelder werden nicht heimlich unter vier Augen, sondern ganz offen gegeben. So ist es erklärlich, daß für ein anständiges Schmiergeld russische Emigranten, besonders die reichen, sich „einrichten“ können, trotz allem von der rumänischen Regierung gelegten Fallstricken.

In Rischinow erscheinen fünf russische und eine rumänische Zeitung. Das Zeug von der Macht der russischen Kultur in Bessarabien und von der Wurzellosigkeit der Okkupierenden. Der Führer der bessarabischen Sozialrevolutionäre, der Redakteur der Rischinower Zeitung Kawjan und die Sozialdemokraten Grünfeld und Brandow sind von den Rumänen standrechtlich erschossen worden. Duzende anderer Bessarabier sind deshalb erschossen worden, weil sie Russen bleiben wollten. Im Juli d. J. sind wieder fünf Leichen von bessarabischen politischen Gefangenen gefunden worden, die nach Sowjetrußland geschickt werden sollten. In Bessarabien werden Sozialisten und Demokraten verfolgt und nicht nur Bolschewisten, sodaß für viele nach Sowjetrußland Ausgewiesenen der Uebergang über den Dnjepr nur der Uebergang aus den Händen der rumänischen Gendarmen in die der bolschewistischen Tscheisten bedeutet.

Die Rumänen verfolgen alles, was nach „Russland riecht“. Die russische Sprache ist in allen amtlichen Stellen verpönt, russische Beamte, darunter auch geborene Bessarabier, sind auf die Straße gesetzt, sind durch echt rumänische Leute ersetzt worden, russische Studenten in Jassy und Bukarest sind allen möglichen Verfolgungen ausgesetzt und der Bessarabier ist überall bis zu den rumänischen Konsulaten im Auslande Paria, den jeder Subalterner verhöhnen kann.

Die Zerstörung der russischen Kultur ist am offenkundigsten in den russischen Schulen. Dort ist die Rumänisierung gewaltsam durchgeführt. Es gibt zwar auch Schulen für nationale Minderheiten, darunter einige russische. Doch alle wissen, daß die Mehrzahl der bessarabischen Bevölkerung für die russische Schule ist. Das wurde bei Rundfragen festgestellt, wobei 100 Prozent aller Eltern die russische Sprache in höheren Schulen forderten. Im vergangenen Semester kam nun ein völliges Verbot der russischen Sprache in sämtlichen Schulen.

Schon vor zwei Jahren wurde die Einfuhr der russischen Zeitungen nach Rumänien verboten unter dem Vorwande, daß sie alle bolschewistisch wären. Die Einfuhr russischer Bücher ist scharfen Beschränkungen unterworfen. Erst wurden Bücher mit der neuen Orthographie verboten, dann wurde eine Zensur für russische Bücher eingeführt. Der rumänische Zensor in Rischinow (früher russischer Offizier), hat die Bücher Karl Kautskys „Terrorismus und Kommunismus“ und „Sozialisierung der Landwirtschaft“ verboten, obgleich sie in rumänischer Uebersetzung existieren und die Einfuhr dieser Bücher in der deutschen Originalsprache erlaubt ist. Aus der Zahl russischer, in den letzten zwei Jahren im Auslande gedruckter Bücher sind mehr als 100 Werke verboten worden. Im Sommer dieses Jahres ist die Einfuhr russischer Bücher gänzlich verboten worden.

### Kunst und Wissen.

„Cavalleria russikana“ von Mascagni und „I Pagliacci“ von Leoncavallo. Neues deutsches Theater, am 3. Oktober 1922. In guter Führung hört man diese beiden Meisterwerke des

veristischen Opernstiles immer wieder gern. Ramentlich an der glühvollen und im Melos schwebenden „Cavalleria“-Musik erfreut sich das Ohr stets aufs neue. Mascagnis Tonsprache in der „Cavalleria“ hat auch ihren besonderen Wert; sie ist persönlich im stärksten Sinne. Schon durch die seit Mascagni in Schwung gekommene Triole und die bewußt häufige Verwendung der harmoniefremden Note. Daß Mascagnis preisgekröntes Meisterwerk so viel musikalisches Rückgrat hat, ergibt sich aus der eminent vollständigen Art seines Stoffes, der aus dem echten Volksleben schöpft. Leoncavallos „Pagliacci“ sind trotz ihrer Beliebtheit beim Publikum sowohl musikalisch als auch dem Libretto nach ungleich schwächer und dürftiger. Originalität ist hier durch Sucht nach Bizarem ersetzt, Natürlichkeit durch Künsterei. Daß die „Pagliacci“ heute noch mehr Anhang und Anklang finden, danken sie der größeren, aber nur äußerlichen Wirksamkeit ihrer „Nummern“. Wie viel edler, stilistisch geschlossener und musikerfüllter Mascagnis „Cavalleria“ ist, lehrt das Nacheinanderhören der beiden Grundoper des jungveristischen Opernstiles. Unsere letzte Aufführung der beiden Werke war durch die zahlreichen Neubestellungen gekennzeichnet. Nicht diese allein sind schuld, daß der Opernabend zum Teile provinzielltheatralisch ausfiel. Vor allem sind die Chöre im höchsten Maße studiumsbedürftig. Unter der Neubestellung vermachte nur jene des Tonio-Ladso im „Bajazzo“ mit Herrn Schwarz zu befriedigen; aber auch diesen Sänger warnen wir vor Uebertreibungen. Fr. Forai als Santuzza hatte schauspielerisch und gesanglich schöne Momente, aber ihre Stimme scheint so wenig gefund wie die ihrer Vorgängerin, da sie schon nach kleinen gefanglichen Aufgaben ermüdet. Herrn Hagens „Alfio“ war nach seinem Antritt „Luna“ im „Troubadour“ eine arge Enttäuschung. Ganz unverständlich aber bleibt, wie man Herrn Rüdiger den „Sibio“ singen lassen konnte. Soll das etwa der Ersatz für Herrn Klein sein? —ok.

**Neues Theater.** Heute, den 5.: „Triston und Zoldo“; Freitag, den 6.: „Bajadere“; Samstag, den 7.: 7 Uhr abends „Tanz ins Glück“; 10 Uhr nachts „Abenteuer in Maroffo“; Sonntag, den 8.: nachmittags Arbeiter-Vorstellung: „Lohengrin“, abends Gastspiel Moissi „Lebender Leichnam“; Montag, den 9.: „Hamlet“ (Gastspiel Moissi).

**Kleine Bühne.** Samstag, den 7.: Gastspiel Moissi „Gespensier“; Sonntag, den 8.: nachmittags „Haben Sie nichts zu verzollen?“; abends „Vatermord“.

**Arbeiter-Vorstellung:** „Lohengrin“. Sonntag, den 8. d. M., 2 Uhr nachmittags. Kartenvorverkauf bei Genossen Deutsch, Graben 25, Kleiner Basar.

### Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

#### Zollkrieg mit Dänemark?

Wir haben seinerzeit von dem Mißerfolg gesprochen, welchen die Reise des Handelsministers Koval nach Dänemark gezeitigt hat. Anstatt einen Handelsvertrag heimzubringen, hatte er es erreicht, daß einige Tage nach seiner Rückkehr Dänemark den Import unserer Schuhwaren verboten hat. Damals hat ein Fabrikant im „Pravo Lidu“ die Tätigkeit des Handelsministers in Dänemark als Ignoranz bezeichnet. Aber, wie aus einer Meldung der „L. N.“ zu ersehen ist, mußte sich Minister Koval diesen Titel erst besonders verdienen. Denn jetzt hat er angeordnet, daß für dänische Butter ein Einfuhrverbot erlassen werde und will sich angeblich nicht damit allein begnügen. Das soll wahrscheinlich die Revanche dafür sein, daß Dänemark das Schuhimportverbot erließ. Das heißt soviel wie Eröffnung des Zollkrieges mit Dänemark, in dem natürlich die Tschechoslowakei den kürzeren ziehen muß. Oder zielt das ganze Manöver dahin ab, um den Agrariern wieder einmal unter die Arme zu greifen, damit diese die heimische Butter mit unerschwinglichen Preisen auf den Markt werfen können? Da wäre wieder einmal der Fall einer ministeriellen Solidarität gegeben, deren Grundfah lautet: „Arm in Arm mit dir — richte ich die Republik zugrunde!“

**Die Bauarbeiter-Internationale und die Russen.** In der vorgestrigen Sitzung der Bauarbeiter-Internationale wurde hauptsächlich die Frage erörtert, ob der russische Bauarbeiterverband in der Bauarbeiter-Internationale aufgenommen werden könnte. Es kam einstimmig die Anschauung zum Ausdruck, daß die Russen nur aufgenommen werden können, wenn sie die Satzungen

der Bauarbeiter-Internationale als bindend erachten. Ueber die Aufnahme der Russen wird die Konferenz der Bauarbeiter-Internationale am Donnerstag zu entscheiden haben. Zur Vorberatung der Frage wurde eine Kommission eingesetzt.

**Bergarbeiterstreit in Australien.** In den Kohlengruben von Südastralien sind 4000 Bergarbeiter in den Ausstand getreten. Man glaubt, daß die Bergarbeiter anderer Gebiete den Solidaritätsstreik proklamieren.

**Der Petroleumimperialismus.** Holländische Blätter melden, daß die beiden holländisch-amerikanischen Petroleumgesellschaften Vertreter nach Angora senden werden, um die Petroleumausbeutung in den Gegenden des Schwarzen Meeres zu erhalten.

### Kurse der Valuten.

Die tschechische Krone notiert in:

Fürth	Schw. Frank	0 17.50
Berlin	Mark	69.50
Wien	Österr. Kr.	2400.—

### Prager Kurse.

	Gold	Währ.
100 holl. Gulden	1185.00	1182.00
100 Mark	142.50	142.50
100 Schweiz. Frank	569.00	572.00
100 Lire	127.25	128.75
100 franz. Frank	237.25	238.75
1 Pfund Sterling	134.00	135.50
1 Dollar	3017.50	3037.50
100 Belg. Frank	215.00	217.00
100 Dinar	41.75	42.25
100 Österr. Kronen	0 04.12	0 05.12
100 poln. Mark	0 29.00	0 30.00
100 ungar. Kronen	1 13.00	1 13.00

### Zürcher Schlusskurse (Devisen).

Berlin	0 27.00	Paris	40 60.00
Wien	0 00.75	Rotterdam	22 55.00
Prag	17.50	Budapest	0 21.50
Sofia	207.50	Aggram	1 02.50
Tom Doz	5 38.00	Saragossa	0 06.00
London	23.57	Wien gen.	0 15.57

### Turnen und Sport.

**Die Spielvereinigung Fürth** in Spanien. Die Spielvereinigung Fürth trug gegen den Sp. C. Santander ein Rückspiel aus, in dem die Bayern mit 6—1 überlegene Sieger blieben. Das erste Spiel hatte ebenfalls mit einem glatten Siege von 5—1 Tore für die Sp. Vg. Fürth geendet.

**Eine Autowacht in Deutschland.** Im Flugverbandhaus in Berlin fand eine Besprechung sämtlicher des Kraftfahrwesens betreffender Verbände statt, welche die Einrichtung einer Autowacht für ganz Deutschland zum Gegenstande hatte. Diese Autowacht soll die Aufgabe verfolgen, Hand in Hand mit dem Verkehr die Risiken im Straßenverkehr zu beheben, welche durch das rücksichtslose Fahren mancher Kraftfahrer selbst und durch das verkehrswidrige Verhalten vieler Geschirrhalter, Radfahrer und Fußgänger hervorgerufen werden, und zwar soll diese Behebung erreicht werden, indem man auf die Allgemeinheit wie auf den einzelnen erzieherisch einwirkt.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: O. Solih.

## Anglo-Czechoslovak. Bank

**Prag, Hybernská 5.**

Telegr.-Adresse: Telephon Nr. 660, 661, 662, 663, 664, 665.  
Anglobank, Prag.

**Aktienkapital Kč 120,000,000.—**

FILIALEN: Aussig, Bodebach, Brünn, Brüx, Eger, I. B. Falkenau a. E., Franzensbad, Gmünd (Bhf.), Johannsbad, Kaaden, Karbitz, Karlsbad, Komotau, Königgrätz, Leitmeritz, Lobositz, Marienbad, Olmütz, Pardubitz, Pilsen, Prossnitz, Saaz, Teplitz, Tetschen, Trautmann, Welpert, Znaim. LAGERHAUSER: tschech. a. E., Prag (Station Denis-Bahnhof). EXPOSITIONEN: Prag Mikuláská, Karolinenthal Královská.

**Durchführung sämtl. bankgeschäftlicher Transaktionen.**

## Arbeiter-Jahrbuch 1923

erschienen Mitte Oktober 1922 im Verlage des Parteivorstandes der Deutschen sozialdem. Arbeiterpartei.

Lichtentafel . . . 6 Kronen  
Jahrbuch 1923 . . . 7 Kronen

Beitragungen sind zu richten an das Sekretariat der Deutschen sozialdem. Arbeiterpartei in Teplitz, Seilerstr. 1.

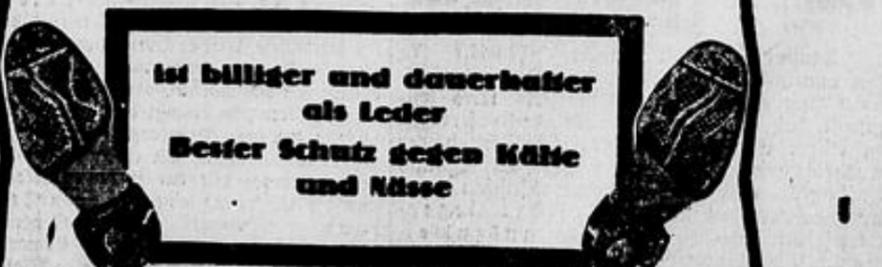
---

## Arbeiter-Lichtentafel

105

# BIERSON

**GUMMI-ABSATZ UND GUMMI-SOHL**



**ist billiger und dauerhafter als Leder**  
**Bester Schutz gegen Kälte und Nässe**